

Initiativantrag

der sozialdemokratischen Abgeordneten

betreffend

**Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Hebammen und der medizinischen
Versorgung von schwangeren Frauen in Oberösterreich**

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird zum Zweck, den steigenden Bedarf an Hebammen auch künftig abdecken zu können und damit eine ausgezeichnete medizinische Versorgung schwangerer Frauen in Oberösterreich sicherzustellen, aufgefordert, unter Beiziehung von ExpertInnen und Angehörigen der Berufsgruppe eine Taskforce „Hebammen“ einzusetzen, die sich insbesondere mit Ausbildungskapazitäten, Dienstpostenplanung und Arbeitsbedingungen der Hebammen in den oberösterreichischen Krankenanstalten auseinandersetzt und entsprechende Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Begründung

Die Anzahl der Geburten in Oberösterreich ist innerhalb von 10 Jahren im Zeitraum 2009 bis 2019 um 15% auf rund 15.000 Geburten pro Jahr angestiegen. Dieser Geburtensteigerung steht jedoch ein Mangel an Hebammen gegenüber, wie die Arbeiterkammer Oberösterreich jüngst aufzeigte: So muss eine Hebamme in den oberösterreichischen Krankenanstalten in manchen Fällen bis zu drei Geburten gleichzeitig betreuen, anstatt – wie von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlen – eine Geburt. Auch im Vergleich mit anderen EU-Ländern weist Österreich eine unterdurchschnittliche Hebammendichte auf, wie eine Studie des IHS im Auftrag des Österreichischen Hebammengremiums aus dem Jahr 2020 zeigt. Aufgrund von Pensionierungen und einer zu erwartenden Steigerung von Risikoschwangerschaften, wird sich die Situation in den kommenden Jahren wohl noch weiter verschärfen.

Um eine ausgezeichnete medizinische Versorgung von schwangeren und gebärenden Frauen in Oberösterreich auch künftig sicherstellen zu können, braucht es daher rasch entsprechende Initiativen der oberösterreichischen Landespolitik zur Bekämpfung des Hebammenmangels. Dazu soll seitens des Landes unter Einbeziehung von ExpertInnen und Hebammen eine Taskforce eingerichtet werden, die Handlungsempfehlungen hinsichtlich

Ausbildungskapazitäten, Dienstpostenplanung und Arbeitsbedingungen erarbeiten soll. Viele Hebammen entscheiden sich aufgrund des hohen Zeitdrucks und schwieriger Arbeitsbedingungen zumindest teilweise für eine freiberufliche Tätigkeit außerhalb des Krankenhauses. Mit verbindlichen Personalvorgaben und einer realistischen Dienstpostenplanung, die etwa Spitzenzeiten abfedert und Einarbeitungsphasen für Kreißzimmerhebammen direkt nach der Ausbildung berücksichtigt, soll die Arbeit für Hebammen im Krankenhaus wieder attraktiver werden.

Doch auch außerhalb des Krankenhauses kann der Bedarf an Hebammen zum Teil nicht gedeckt werden. Eine im Jahr 2019 durchgeführte Umfrage des österreichischen Hebammengremiums ergab beispielsweise, dass rund 12% der befragten Eltern keine Hebamme in Anspruch nehmen konnten, weil sie schlicht keine gefunden haben. In der Taskforce sollen daher nach Durchführung einer professionellen Prognosestudie auch dringend die in Oberösterreich bestehenden Ausbildungskapazitäten für Hebammen sowie die Studienbedingungen überarbeitet werden. Derzeit stehen an der FH Gesundheitsberufe Oberösterreich pro Jahr 22 Studienplätze für den Bachelor-Studiengang Hebamme zur Verfügung. Eine Aufstockung der Ausbildungskapazitäten scheint angesichts des vorhandenen Mangels sinnvoll.

Linz, am 21. Mai 2021

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

P. Binder, Lindner, Weichsler-Hauer, Bauer, Krenn, Margreiter, Müllner, Promberger, Rippl, Schaller, Peutlberger-Naderer